

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1924**

347 (21.8.1924) Abendausgabe

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens.

Eigentum und Verlag von

Ferd. Thiergarten.  
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider.  
Redaktions-Verantwortlich: Für badische Politik: W. Holzinger; für deutsche Politik u. Wirtschaftspolitik: Dr. Brünner; für auswärtige Politik: A. Kimmig; für lokale Angelegenheiten und Sport: H. Wolberger; für das Feuilleton: I. B. Dr. W. Sauer; für Ober u. Konzepte: Chr. Bertle; für Handelsnachrichten: I. B. S. Feld; für die Anzeigen: A. Kündler; wach, alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.

Fünf Nummern:  
4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Geschäftsstelle:  
Strel- und Sammler-Ges., nach  
Ratstrasse und Marktplatz.  
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8354.

Bezugspreis  
Das Jahr halbjährlich 1.30 M.;  
das Vierteljährlich 0.35 Goldmark.  
Einzeln 2.00 M. Durch die Post monatlich  
2.50 M. ausschließlich Zustellgeld.  
Einzeln 2.00 M.  
Bezugsnummer 10 Bg.  
Sonntagsnummer 15 Bg.  
Bei höherer Gewalt bei der Be-  
rührung keine Ansprüche bei verspäteter  
Lieferung. Die Verantwortlichkeit für  
Fehlbestellungen können nur innerhalb  
des Monats auf den folgenden Monats-  
heften angenommen werden.  
Anzeigenpreise:  
Die 10spaltige Nonpareilzeile 0.28 Gold-  
mark, auswärts 0.35 Goldmark. Klein-  
anzeigen ermäßigter Preis. Reklam-  
nummern 1.50 Goldmark, an 1. Stelle 2.-  
Goldmark. Bei Wiederholung tarifierter  
Anzeigen, bei der Nichtbeachtung des  
Textes, bei geschäftlicher Beirung und  
Konflikten außer Kraft tritt.

## Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett.

### Die Gegensätze zwischen Macdonald und Snowden.

**Rühräumung. — Russischer Vertrag. — Reparationsabgabe. — Die Ansicht der Presse.**  
v. D. London, 21. Aug. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Die „Westminster Gazette“, welche ebenfalls im Hinblick auf das  
Kabinett Snowdens mit einem Vertreter der „Manchester Guardian“  
die Meinungsverschiedenheiten hinweist, die im  
Kabinett sowohl mit Bezug auf die Notwendig-  
keit der Räumung des Ruhrgebietes als mit Bezug auf  
die russische Anleihe und die Wiedereinziehung der 25prozentigen  
Abgabe auf die deutsche Einfuhr bestehen, kommt heute wieder  
auf das Thema zurück und sagt, es werde kaum möglich sein, diese  
Gegensätze innerhalb des Kabinetts zu verbergen. Wenn die am  
nächsten Montag angelegte Campaigne der Labour-Party beginne,  
es äußert sich klar, daß Snowden mit Bezug auf die russische Anleihe  
den harten Teil seiner eigenen Partei — das ist natürlich der ganze  
linke Flügel — gegen sich haben würde, während andererseits Macdo-  
nald auf Schwierigkeiten stoßen würde, wenn es den Franzosen ge-  
linge, einen Handelsvertrag mit Deutschland in der beabsichtigten Art  
abzuschließen. Die beiden Erfolge der Londoner Regierung auf dem  
Gebiete der Außenpolitik, auf welche der Premierminister so stolz sei,  
kommen zu bedenkenlichen Unannehmlichkeiten zwi-  
schen der Partei selbst führen.

Das Blatt legt bei dieser Gelegenheit dar, daß das Abkommen  
mit der russischen Delegation nach dem ersten Zusammen-  
gang der Verhandlungen dadurch herbeigeführt wurde, daß der Sekretär  
der großen Arbeitervereinigung von Macdonald verlangte, daß  
ebenfalls eine Lösung gefunden werden müsse. Man brachte das Ab-  
kommen zustande, weil man der Ansicht war, daß der Vertrag und die  
tatsächliche Aufhebung der Blockade während man in der City das ein-  
mal als schlechtes Geschäft ansieht.

Die Gegensätze mit Bezug auf das Londoner Ab-  
kommen sind durch die beiden Interviews des Schatzkanzlers mit  
dem „Manchester Guardian“ und den „Evening News“ klar geworden.  
Die Presse geht heute bereits auf die Sache ein. Die „Daily News“  
sagt sich die Mühe zu bewahren, daß Macdonald und sein Kol-  
lege, der Schatzkanzler, mit Bezug auf die Rühr-  
räumung der selben Ansicht seien. Der erstere ebenso wie  
der letztere seien überzeugt, daß das Ruhrgebiet so schnell wie mög-  
lich geräumt werden sollte. Dies sei nicht zu erreichen gewesen. Mac-  
donald habe die Wahl gehabt zwischen einem Abkommen von einem  
Seite und keinem Abkommen, also einer unbeschränkten Fortdauer der  
Besetzung. Er habe das geringere Übel gewählt. Mit Bezug auf  
den eventuellen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland  
sind Snowden nach der Auffassung des Blattes so schwarz.  
„Daily News“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Heraus-  
geber des „Economist“, Mister Lagon, der die deutsch-französischen  
Kombinationen nicht als so gefährlich ansieht, wie die deutsche Stahl-  
und Eisenindustrie es vor dem Kriege gewesen sei. Das ist übrigens  
ein Standpunkt, den man im Außenamt zu teilen scheint. Strese-  
mann sagte während seines hiesigen Aufenthaltes in einer Be-  
sprechung mit den Vertretern der deutschen Presse, es sei unbegreiflich,  
weshalb sich mit einem Mal solche Skrupel wegen der eventuellen Ver-  
schiebung des zollfreien Eintritts der eisenschmelzenden Produkte  
ergeben würden. Vor dem Kriege seien die eisenschmelzenden Erzeugnisse  
vollständig zollfrei in das übrige Deutschland eingegangen, ohne daß  
jemand sich beklagt hätte. Die „Daily News“ meinen, die Gefahr  
bestünde darin, daß die britische Kohlenindustrie sich der Kombination  
anschließen und daß das große Publikum in allen Ländern den Scha-  
den zu tragen habe, weil die Preise mächtig in die Höhe geschraubt  
würden. Der „Daily Chronicle“ verurteilt Snowden und sagt, seine  
Aussagen könnten zur Folge haben, daß das ganze Londoner Abkom-  
men in Paris abgewiesen werde. Die „Times“ verurteilen den  
Schatzkanzler und führen aus, daß Herriot und Theunis gerne das  
Abkommen räumen wollten. Solche Einmischungen wie die Snow-  
dens würden aber Herriot die Aufgabe erschweren. Herriot sei schon  
20 Jahre auf ein Jahr heruntergegangen und habe auch andere  
Angelegenheiten gemacht. Er habe seinen guten Willen gezeigt. Solche  
Angelegenheiten würden bei den Franzosen den Verdacht erwecken, daß die  
deutschen Länder es mit der Entente nicht ernst meinen.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Macdonald und Snow-  
den dürften nicht auf die Lage insofern Einfluss haben, als der Pre-  
mierminister die erste beste Gelegenheit ergreift, um an die Wähler  
zu appellieren. Man glaubt vielmehr, daß er abwarten wird, bis diese  
Gegensätze aus der Welt geschaffen sind. Demnach dürfte vor dem  
nächsten Freitag sicherlich keine Wahlen stattfinden.

### Snowden verteidigt seinen Standpunkt.

v. D. London, 21. Aug. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Schatzkanzler Snowden sprach gestern abend zu den Journalisten  
und kam dabei auf den „Manchester Guardian“ veröffentlichten  
Artikel zu sprechen. Er führte dabei aus: „Es ist durchaus richtig,  
wenn man mich als einen Mann hinstellt, der erklärt, daß man Groß-  
britannien in Gefahr bringen würde, wenn es nicht beim Wieder-  
aufbau Deutschlands mithelfen würde, da man dadurch die Zahl der  
beschäftigten Grobhandwerker vergrößern würde. Ich war stets der  
Ansicht, daß die Hilfe beim Wiederaufbau Deutschlands  
eine gute Methode sei, die Zahl der Arbeitslosen in  
England zu vermindern, denn es ist sicherlich zu sagen, daß  
der Wohlstand eines Landes nicht mit dem der anderen Länder ver-  
bunden ist. Je größer der Wohlstand eines Landes ist, desto mehr  
wird der Wohlstand der ganzen Welt. Man darf nicht vergessen,  
daß der internationale Handel auf Austausch beruht. Meine War-  
nung bezüglich der englischen Handelsinteressen, besonders der Textil-  
und Eisenindustrie richtet sich nicht gegen normale Beziehungen im  
Handel, sondern gegen die Gefahr, welche das Projekt des Han-  
delsvertrages zwischen Frankreich und Deutschland darstellt. Nach  
dem Projekt wird Deutschland gezwungen, Projekte aus Eisen-  
waren frei einzulassen, Produkte, die eine direkte scharfe Konkurrenz

für die entsprechende englische Industrie bedeuten. Denn die eng-  
lischen Waren, die nach Deutschland gelangen würden, müßten die höch-  
sten Zölle entrichten. Wenn dies Projekt verwirklicht werden  
sollte, so wäre dies ein Unglück für England. Ich glaube aber nicht,  
daß Deutschland dieses Projekt annehmen wird. Wenn es dennoch  
versuchen sollte, dies zu tun, so könnte dies nur geschehen, weil  
Deutschland dadurch eine Verminderung der französischen militäri-  
schen Besetzung erhofft. Jedenfalls stehen alle diese Fragen mit dem  
Dawesplan in Verbindung. Die beiden Punkte, auf welche ich  
die Aufmerksamkeit lenkte, enthalten alle Möglichkeiten für Reibun-  
gen. Der ganze Dawesplan wird davon abhängen, von welchem Geiste  
die dort erwähnten Punkte behandelt werden. Man darf nicht ver-  
gessen, daß die Charakteristik des Dawesplans darin besteht, daß  
Deutschland bezüglich seiner Finanzen und seiner Wirtschaft unabhän-  
gig sein soll. Wenn man Deutschland nicht ungehindert arbeiten läßt  
und wenn sich Deutschlands Handel nicht in weitgehendem Maße ent-  
wickeln kann, kann Deutschland schwer die Reparationslasten bezah-  
len, die ihm der Dawesplan auferlegt.

### Die Pariser Presse und Snowden.

#### Snowden Herriots gefährlichster Gegner. — Ein Rechtfertigungsversuch für Snowden.

F.H. Paris, 21. Aug. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Der Abgeordnete Lautier der sich während der Konferenz in Lon-  
don aufgehalten hatte, erzählt heute in dem von ihm herausgegebenen  
„Somme Libre“, daß der englische Schatzkanzler Snowden in dem  
Augenblick, als Marx und Stresemann die Bedingungen der Allier-  
ten annahm, die Frage stellte, ob sich die Vertreter Deutschlands  
darüber klar geworden seien, welche Verpflichtungen sie eingehen.  
Verpflichtungen, die viel weiter gingen, als die deutschen Vertreter  
vielleicht einsehen könnten. Snowden ist heute für die ganze französi-  
sche Presse das Element, welches sich am eifrigsten und ausgeprohen-  
sten den Forderungen Frankreichs widersetzt. Er wird als Herriots  
gefährlichster Gegner hingestellt und die Erklärungen, die er gestern  
abend im „Evening Standard“ und „Evening News“ veröffentlichte,  
geben den französischen Zeitungen einen neuen Beweis, was man vom  
englischen Schatzkanzler zu erwarten habe. Ein großer Teil der öffent-  
lichen Meinung, vielleicht sogar die Mehrheit, verurteilt diese Erklä-  
rungen, in denen man den Ausdruck der Gegnerschaft zwi-  
schen Snowden und Macdonald sieht.

Der Berichterstatter des „Petit Journal“ erklärt die Hal-  
tung des englischen Schatzkanzlers damit, daß dieser ein überzeugter  
Freihändler sei, der die Pläne von Cobden in die Tat umsetzen wolle.  
Auf der Londoner Konferenz habe ihn insbesondere die Absicht stark  
erregt, daß Deutschland und Frankreich einen Handelsvertrag ab-  
schließen wollten. Für den Freihändler Snowden sei dieser Handels-  
vertrag ein Angriff auf den Grundgedanken des Freihandels. Man dürfe  
in der Haltung des englischen Schatzkanzlers keine Begründung  
Deutschlands sehen, er wolle nichts anderes, als seine freihändler-  
ischen Grundzüge überall in die Tat umsetzen, und in London lege  
man sich immer die Frage vor, welche Folgen der Gegensatz zwischen  
Snowden und Macdonald haben werde. Zweifellos gäbe es in der  
Labour-Party starke Meinungsverschiedenheiten, und man glaube,  
daß diese nicht anders ausgeglichen werden könnten als durch die  
Wahl von Neuwahlen in der nächsten Zeit, aber keinesfalls vor dem Monat November.

Die Erklärungen von Snowden finden, was vielleicht ein pikares  
Zusammenreffen ist, die lebhafteste Zustimmung in den Kreisen der  
Diehards, und die „Daily Mail“, das der Regierung feindlichste Blatt,  
will sich bemühen, Zustimmungserklärungen zu den Ausführungen des  
Schatzkanzlers zu veröffentlichen.

### Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuss.

Was wird bei Ablehnung im Reichstag? — Dr. Marx kündigt die Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel an.  
M. Berlin, 21. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde heute die Aussprache über die Ergebnisse der Londoner Konferenz fortgesetzt. Vom Vorsitzenden Abgeordneten Müller-Franken (Sozialdemokrat) wurde mitgeteilt, daß es der Wunsch des Ausschusses sei, die bei den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses übliche Vertraulichkeit für die Behandlung der Gesetze zur Durchführung des Sachverständigen-  
advisens aufzuheben. Dabei ist aber im Ausschuss in Aussicht genommen, daß wie in jedem anderen Ausschuss auch selbstverständlich bestimmte Beratungsgegenstände als vertraulich erklärt werden können.

Zunächst erfolgte nun die Behandlung der mit den Londoner Abmachungen zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen, die zum Teil als vertraulich erklärt wurden. Bezüglich des Termins vom 30. August, an dem die endgültige Unterschriftsollziehung in London stattfinden soll, ist von den Abgeordneten v. Graefe (Natl. Sozialist), Graf v. Lerchenfeld (Bayerische Volkspartei), Dr. Herzog (Deutschnational), Dr. Haas (Demokrat) und Koenen (Kommunist) die Frage erhoben worden, was geschehe, wenn die deutsche Regierung bis dahin eine Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Dawesgesetzes im Reichstage nicht finde.  
Hierzu wurde vom Reichskanzler Marx erklärt, daß diese Frage sich in erster Linie nach einfachen juristischen Grundfragen er-  
ledige. Der Vertrag von London sei nicht zustande gekommen durch die Parafierung, die sämtliche Delegierten vollzogen hätten. Die endgültige Unterschrift sei aber bis zum 30. August aufgeschoben worden. Wenn Deutschland nun am 30. August nicht in der Lage sei, die Gesetze als angenommen präsentieren zu können, so müßte sich die Reichsregierung die Frage stellen, ob sie dann in London die Protokolle unterzeichnen könne.  
Sollte im Reichstag keine Mehrheit für die Annahme der Gesetze zustandekommen, so sei es Pflicht der Reichsregierung, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Bewilligung zu veranlassen.

Wenn es müsse nach innen alles getan werden, was nach außen der Regierung die Möglichkeit eröffnet, von neuem in Verhandlungen einzutreten.

## Annahme oder Auflösung?

Generalsekretär Bumann-Karlsruhe.

Zweifellos hat sich seit der Rückkehr unserer Delegation aus London hinsichtlich der Bewertung der Londoner Ergebnisse in der öffentlichen Meinung ein merkbarer Umschwung vollzogen, und die Erwartung, daß sich im Reichstag die für die Annahme der „Dawes“-Gesetze notwendige Zweidrittelmehrheit bilden wird, erscheint nicht mehr so utopisch als noch vor wenigen Tagen. Daß auch an dieser für das Schicksal des Reiches so entscheidenden Frage nicht nur ganze politische Gruppen, sondern auch viele geschulte Politiker von einer Stimmung in die entgegengesetzte gefallen sind — siehe das „Mein“ des Berliner Tageblattes vom letzten Freitag und das „Ja“ vom Montag! — das ist schlechterdings nicht auf politische Unreife oder Böswilligkeit zurückzuführen, sondern auf einen beklagenswerten Mangel an „Regie“, über den zu ruhiger Zeit noch ausführlich zu sprechen ist und in manchem über das hinausgeht, was wir erwarten dürfen. Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Tageszeitungen große und mit gewaltigen Aufwänden verknüpfte Anstrengungen gemacht haben, um ihre Leser durch eigene Korrespondenten auf dem Laufenden zu erhalten. Je kräftiger diese privaten Bemühungen in Erscheinung traten, um so auffallender war die Zurückhaltung und Lachheit unseres amtlichen Dienstes in London. Das Verlangen des Reichspressendienstes mußte um so peinlicher bemerkt werden, als die englischen und französischen Apparate zur Formung der öffentlichen Meinung in den Entente-Ländern wieder ganz virtuos gehandhabt wurden. Der Reichspresseschef war mit allerhand Personal in London. Gemerkt haben die zur Bildung der öffentlichen Meinung berufenen Organe herzlich wenig von ihm. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn er ruhig in Berlin geblieben wäre, hätte sich von London die Informationen telegraphieren lassen und planmäßig an der deutschen Öffentlichkeit gearbeitet. Wir verkennen nicht, daß ein solcher Dienst, der einerseits unseren Gegnern in London ein „Unmöglich“ suggerieren und andererseits in Deutschland selbst das Verständnis für ein Nachgeben der deutschen Delegierten schaffen sollte, Kunst der psychologischen Einfühlung und ein intuitives Gespür der nationalen und der internationalen feilschen Konstellation erfordert. Unser amtlicher Pressendienst hat über diese Eigenschaften auch diesmal nicht verfügt. So ist es gekommen, daß in der Kritik der in London gefassten Beschlüsse fast in allen Parteien Unsicherheit und Zwiespältigkeit vorhanden ist und daß vielfach wieder nur mit dem heißen Herzen, statt mit dem kühlen Kopf die Diskussionen geführt werden. — Vieles von dem, was gegen unsere Delegierten vorgebracht wird, mag richtig sein. Die Kritiker sollten aber niemals übersehen, in welcher Lage sich gerade unser Vaterland befindet, das weder in London und sonstwo stark genug war, das durchzusetzen, was selbst der englischen Weltmacht unmöglich erscheint: nämlich den Knoten des Unrechts, den der Ruhrstreik geschaffen hat, mit Gewalt zu lösen. Diejenige Kritik, die von tiefer Verantwortlichkeit getragen ist, werden die deutschen Delegierten Marx, Stresemann und Luther gerne hören. Angriffe aber von solchen Stellen, die darauf hinaus arbeiten, je eher je besser eine Katastrophe heraufzuführen, um sich dann zur Macht aufzuschwingen, werden abgelehnt sein. Denn wir wollen doch nicht vergessen, daß seit Jahresfrist alle mit so schweren Opfern erkauften Mittel, die deutschen Verhältnisse zu festigen, gegen den verhassten Widerstand extremer Gruppen von rechts und links durchgeführt worden sind. Wenn es nach diesen Opfern gegangen wäre, so wäre Deutschland längst am Ende. Sie dürfen sich deshalb nicht wundern, wenn man in westlichen Kreisen des deutschen Volkes ihre Beschlungen sowohl wie ihre Beschimpfungen, die sie für die verantwortlichen Männer auf Lager haben, mit Entschiedenheit ablehnt.

Jede sachliche Stellungnahme zu dem in London Erreichten sollte nur von der Frage ausgehen: „Was hat Deutschland gefordert und was hat es erreicht?“ Hinsichtlich dessen, was Deutschland gefordert hat, möchte ich mich auf die am 6. Juli auf dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei gefasste und an die Reichsregierung gerichtete Entschließung beziehen, nicht nur, weil das für mich in meiner politischen Stellung nahe liegt, sondern weil auch die Deutsche nationale Volkspartei damals die Identität dieser Forderungen mit ihren eigenen feststellte. Die Frankfurter Entschließung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei forderte die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und Hoheitsgrenze des Reiches, insbesondere die Sicherung der vertraglichen Zustände am Rhein, die wirtschaftliche und militärische Räumung aller über das Rheinlandabkommen hinaus bestehenden Gebiete und die Feststellung, daß Neubesetzungen als Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind, die uneingeschränkte Rückgabe der von der Regie verwalteten deutschen Bahnen, die Aufhebung der Zollgrenze, ein Aufhören der Micumlasten, die Sicherung der Grundrechte der Bevölkerung des zunächst noch besetzt bleibenden Gebietes vorder Willfür der Befahrung, die Rückkehr aller Vertriebenen und Verhafteten und ihre Wiedereinsetzung in ihre früheren Stellungen.

Diese Forderungen sind, soweit sie wirtschaftliche waren, durchgesetzt worden! Die Konferenz hat zu einer Reihe von Abmachungen geführt, die vom deutschen Standpunkte aus begrüßt werden können.

Die von den Franzosen geforderte Verquickung der wirtschaftlichen mit den politischen Fragen — Handelsvertrag gegen Räumung — ist nicht erfolgt. Für die künftigen handelspolitischen Abmachungen ist uns damit freie Hand geblieben. Die Zollgrenze gegenüber dem Ausland wird mit dem Augenblick wieder hergestellt, in dem das Dawes-Gesetz in Kraft tritt. Industrie und Weinbau sind dann endlich gegen die fremde Einfuhr durch das „Noch im Westen“ geschützt, auch





Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 21. August 1924. Ausstellung „Rheinlandnot“ in der städtischen Ausstellungshalle.

In der städtischen Ausstellungshalle findet vom 19. bis 28. ds. Mts. eine Ausstellung „Rheinlandnot“ statt. Die Ausstellung ist schon in verschiedenen Städten gezeigt worden und hat überall starken Anklang gefunden. Sie bietet in zahlreichen photographischen Aufnahmen in künstlerischer Darstellung nicht nur ein Bild von der landschaftlichen Schönheit der besetzten Gebiete, sondern auch von der lebenswichtigen Bedeutung für das Wirtschaftsleben unseres Vaterlandes. Welchen Schaden die feindliche Besetzung dieser Gebiete angerichtet hat und noch immer anrichtet, zeigen graphische Darstellungen über den Rückgang der Gesamtproduktion. Abdrücke und Originale von Schriftstücken der Besatzungsbehörden, wie Gerichtsurteile, Ausweisungen usw. dürften besonderes Interesse erwecken. Die Ausstellung ist täglich geöffnet in der Zeit von vormittags 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr.

+ Früher Herbst. In manchen Bezirken kann man ein sehr frühes Abwandern der Schwablen beobachten.

\* Die Zahl der abgebauten Beamtinnen. Sehr interessant sind die Angaben der Denkschrift der Reichsregierung über den Bestand und Abbau des weiblichen Personals. Von den am 31. Oktober 1923 vorhandenen 64 454 Beamtinnen sind 15,3 Prozent zum Abbau genommen, von den 19 192 weiblichen Angestellten 51,6 Prozent. Die Bestimmung der Personalabbauverordnung, wonach von den verheirateten Beamtinnen zunächst die weiblichen verheirateten zur Entlassung kommen sollen, ist augenscheinlich rücksichtslos gehandhabt worden. Von 2955 verheirateten Beamtinnen sind nur noch 54, von 745 verheirateten weiblichen Angestellten nur noch 139 vorhanden.

x Gesellschaftsbesuch nach Freiburg. Auch der vierte diesjährige Gesellschaftsbesuch des Badischen Verkehrsverbandes am Sonntag, den 24. August, nach Freiburg ist durch Anmerkungen gesichert. Der Sonderzug bietet bei billigem Fahrpreis und überaus rascher Beförderung eine äußerst vorteilhafte Gelegenheit zum Besuche von Südbaden und dem südlichen Schwarzwald. Man verläßt Karlsruhe 6.13 Uhr vormittags und erreicht Freiburg 8.39 Uhr vormittags, Rückfahrt ab Freiburg 8.02 Uhr abends, Karlsruhe an 10.20 Uhr. Preis 6.20 Mark Hin- und Rückfahrt, einfache Fahrt 3.10 Mark. Auskunft und Fahrkarten durch den Badischen Verkehrsverband, Kaiserstraße 145, Eingang Lammstraße, und die bekannten übrigen Anzeigebüros.

+ Falsche Rentenbankcheine. Seit der Einziehung der meisten Rentenbankcheine hat sich ein deutlicher Rückgang der Fälschungen von Papiergeld gezeigt. Die neuen von der Reichsbank ausgegebenen Notentypen machen ebenso wie die Rentenbanknoten wegen ihrer sorgfältigen Druckausführung den Fälschern offenbar erhebliche Schwierigkeiten. Bei den Rentenbanknoten wird sich den Fälschern eine Nachahmung im Großen auch deshalb nicht verlohnen, weil sie darauf rechnen müssen, daß die Rentenbankcheine eingezogen werden, sobald die Goldnotenbank kommt. Immerhin sind auch von den Rentenbanknoten in verschiedenen Gegenden des Reiches Fälschungen der Scheine zu 1, 5, 10 und vereinzelt auch zu 50 Mark aufgetaucht. Diese Fälschungen echter Scheine sind jedoch abgelesen von der meist mangelhaften Wiedergabe des Unterdruckmusters der echten Scheine bei einiger Aufmerksamkeit schon daran zu erkennen, daß entweder das Kreuz-Ring-Markzeichen der echten Scheine gar nicht oder nur durch Deckfarbe oder Fettdruck unvollkommen nachgeahmt aufweisen, oder ein anderes Wasserzeichenmuster tragen als die echten Scheine. Sämt man die echten Scheine gegen das Licht, so ist das Wasserzeichen (Kreuz-Ring) klar und gleichmäßig auf dem ganzen Schein sichtbar. Die bei den echten Rentenbanknoten von 2 bis 1000 Renten-Mark in das Papier eingebetteten Pfandmarken sind bei den Fälschungen gewöhnlich durch Striche mit Tinte oder Farbe oder durch aufgetriebene Fasern vorgetäuscht, die bei Verührung mit einer Nadel von der klebrigen glasartigen Abprägung, während die echten Fasern im Papierstoff haften. Hin und wieder haben die Fälscher auch aufgetriebene Fasern mit Seidenpapier, das sich ablösen läßt, überklebt. Wie die Reichsbank zu zählt auch die Deutsche Rentenbank an Personen, welche durch Hinweise und Fingerzeige die Polizei auf die Spur einer Fälschungsversuch bringen. Belohnungen im Betrage bis zu 1000 Goldmark im Einzelfall. Jede Polizeistation nimmt solche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, entgegen.

# Der Verband. Bezirksverein Karlsruhe hielt kürzlich seine diesjährige Bezirksversammlung im Gasthaus zum „Erbsprinzen“ in Graben ab, die aus allen Teilen des Bezirks gut besucht war. Der Vorsitzende, Oberamtmann Schaible-Karlsruhe, begrüßte die Gäste und erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahr und über den Vorschlag für den Rest des Jahres. Der Vorschlag für 1924 wurde genehmigt und der künftige Vereinsbeitrag auf 3 M festgelegt. Die zur Ergänzung der Vereinsdirektion vorgeschlagenen Mitglieder wurden einstimmig gewählt und zwar: Bezirksleiter Veterinär Dr. Gerspach-Karlsruhe, Landesökonomierat Köch-Graben, Landwirt Friedrich Pfarrer-Darlanen, Landwirt Heinrich Braun IV. Weiertheim, Verwalter Wilhelm Auf-Nußburg, die Bürgermeister Busch-Bulach und Süß-Graben. Hierauf begann die Aussprache über Milchleistungen. Kreisökonomierat Geiß-Durlach erstattete zunächst Bericht über die während der Studienreise durch Schweden in dieser Hinsicht gemachten Beobachtungen. Der Redner schilderte in anschaulicher Weise, wie die schwedische Landwirtschaft sich nur auf die Viehzucht und in der Hauptsache auf die Rindviehhaltung konzentriert zur ausschließlichen Gewinnung von Milch, Butter, Käse und Fleisch. Aber auch strenge Maßregeln zum Schutz gegen Seuchengefahr sind in Kraft. So mußten sich sämtliche Teilnehmer an der Studienreise bei der Ankunft in Schweden einer vollständigen Desinfektion unterziehen und durften während der ganzen Reise keine Stallung betreten. Jahresmilchleistungen von 6500, 7000 und 7200 Liter von einer Kuh seien keine Seltenheit. In der Hauptsache gehen die Tiere auf Weiden, erhalten aber nebenbei noch ein Kraftfutter von etwa 30 Broz. Dinstücken. Die Großbetriebe sind überall zu Milchkontrollvereinen zusammengeschlossen, aber auch die kleinen Leute, die den Kontrollvereinen nicht angeschlossen sind, haben Milchleistungsprüfungen in ihren Betrieben eingeführt. Wenn nun die schwedischen Verhältnisse auch nicht ohne weiteres auf die badische Viehzucht angewandt werden können, da bei uns neben Milchleistung noch Arbeitsleistung verlangt wird, so sollten doch auch unsere Landwirte dazu kommen, jederzeit feststellen zu können, wieviel Milch eine Kuh im Jahr gibt, wieviel Futter er dazu braucht und dementsprechend Nachzucht treiben, denn gute Leistungen werden sich in der Regel auf die Nachzucht vererben. Als Ergebnis der Aussprache wurde festgestellt, daß die relativen Milchleistungsprüfungen für unsere Milchviehbetriebe sich nicht eignen, daß dagegen absolute Milchleistungsprüfungen auch in diesen Betrieben eingeführt werden können. Hinsichtlich der Grünlandfrage einigte man sich dahin, daß durch Abholzung belebender Vorträge über richtige Bes- und Entwässerung, rechtzeitige Grabeneinigung und dergl. eine Verbesserung des Weidenbaues erzielt werden sollte.

Kreisökonomierat Geiß machte sodann noch Mitteilung über die bevorstehende Landw. Gauausstellung in Durlach und forderte zur zahlreichen Beteiligung auf, insbesondere sollten die Landwirte nicht veräumen, ihre Tiere zu den mit der Ausstellung verbundenen Prämierungen anzumelden. Anschließend hieran entwickelte

Die Befreiungsfeier der Stadt Offenburg.

Besuch des Staatspräsidenten im geräumten Gebiet von Offenburg-Appenweier. — Die Kundgebung der Stadt Offenburg in der Festhalle.

Am Mittwoch nachmittag stattete Staatspräsident Dr. Köhler, der am Vormittag erst von den Beratungen mit der Reichsregierung zurückgekommen war, dem nunmehr von den Franzosen geräumten Gebiet von Offenburg-Appenweier einen Besuch ab, um den von der Besatzung befreiten Gebiete die Glückwünsche der Reichs- und Landesregierung zu übermitteln und zugleich an der Kundgebung der Stadt Offenburg teilzunehmen.

In Appenweier.

Die Fahrt ging zunächst nach Appenweier, wo wie in Offenburg und im übrigen geräumten Gebiet zum Zeichen der Freude über die wieder erlangte Freiheit reich besetzt war. Vor dem Rathaus wurde der Staatspräsident vom Landeskommissar Geh. Rat Dr. Schneider, vom Amtsvorstand des Bezirks Oberamtmann Engler, vom Bürgermeister und dem Gemeinderat empfangen. Trotz des strömenden Regens hatte sich die Einwohnerschaft zahlreich vor dem Rathaus versammelt. Eine Musikkapelle begleitete die von herzlicher Freude getragene Kundgebung. Im Gemeinderatsaal begrüßte Landtagsabgeordneter Wirth den Staatspräsidenten und gab in seiner Ansprache den Gefühlen der Einwohnerschaft breiten Ausdruck. Er sprach dabei vor allem der badischen, wie der Reichsregierung den Dank der Einwohnerschaft für die treue Hilfsbereitschaft und unentwegte Unterstützung während der Zeit der Besetzung ab.

Staatspräsident Dr. Köhler beglückwünschte in seiner Antwort zunächst die Gemeinde namens der Reichsregierung und des badischen Staatsministeriums um die wiedererlangte Freiheit. Baden empfinde besondere Genugtuung darüber, die erste Kusurierung der Londoner Konferenz in der besetzten Ortenau zur Tat werden zu sehen. Sei auch kein Anlaß zu lautem Jubel, so müsse doch der tiefen Freude über die Befreiung Ausdruck gegeben werden, um so mehr als die Einwohnerschaft der besetzten Ortenau, nicht zuletzt die von Appenweier, in den Tagen des Leidens und der Bedrückung in vorbildlicher Haltung Schwere ertragen, dennoch aber ihre Treue zum Reich und ihrer badischen Heimat unbeugsam bewahrt habe. Dafür könne die Einwohnerschaft des herrlichen Dankes der Regierung, darüber hinaus aber der dankerfüllten Anerkennung des ganzen Landes gewiß sein.

Nach kurzer Aussprache mit dem im Gemeinderatsaal versammelten Vertretern der Gemeinden, der Geistlichkeit, der Lehrerschaft und verschiedener Vereine, wobei dem wackeren Waidnermeister Kraus, der es sich in seiner Freude über die Befreiung, trotz seiner 70 Jahre, nicht hatte nehmen lassen, die Reichsflagge auf der höchsten Spitze des Kirchturms zu hissen, besonders herzlich gedankt wurde, fuhr der Staatspräsident mit seiner Begleitung nach Offenburg weiter.

Der Staatspräsident in Offenburg.

In Offenburg hatten sich im Bezirksratsaal im Gebäude des Bezirksamts die leitenden Beamten der in Offenburg befindlichen staatlichen Mittelstellen, die Leiter der Schulen u. a., sowie die Bürgermeister der Gemeinden des Einbruchgebietes zum Empfang des Staatspräsidenten versammelt. Staatspräsident Dr. Köhler richtete auch hier namens der Regierung herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes an die Beamtenhaft und die Bürgermeister, die ja in erster Linie die Folgen der Besetzung zu tragen und vielfach, und meist mit ihren Angehörigen, für ihre treuebühliche Haltung, Verfassung, Gefängnisstrafen und Ausweisung zu erdulden hatten.

Oberamtmann Engler dankte darauf namens der Beamtenhaft für die Glückwünsche der Regierung, namentlich aber dafür, daß der Staatspräsident trotz kürzlicher Inanbrüche gekommen war, um den Tag der Freude über die Befreiung mit der Einwohnerschaft des geräumten Gebiets gemeinsam zu begehen. Für die treue und unablässige Sorge und Unterstützung der Regierung in den Tagen der Besetzung, sei gerade die Beamtenhaft des Einbruchgebietes der badischen Regierung herzlich dankbar. Diesen Dank brachte auch Bürgermeister Schneider-Bell-Schürwald namens der besetzten Gemeinden des Bezirks Offenburg zum Ausdruck.

Darnach begab sich der Staatspräsident in das Rathaus, wo sich der Stadtrat zur Begrüßung im Sitzungssaal versammelt hatte. Nachdem Oberbürgermeister Holler den Dank der Bürgerhaft über die Teilnahme des Staatspräsidenten an der Befreiung der Bevölkerung des geräumten Gebiets versichert hatte, hielt Staatspräsident Dr. Köhler eine kurze Ansprache, in der er dem Stadtrat mit den

Glückwünschen der Reichs- und Landesregierung

dankbare Anerkennung für die vorbildliche und aufrechte Haltung in der Leitung der Gekidde der Stadt während der Besetzungszeit aussprach. Die Stadtverwaltung von Offenburg könne überaus stolz sein darauf, daß sie unter schwerster Bedrückung aufrecht in der Gefinnung und mit großem Gehalt eine gewissenhafte Arbeit geleistet habe. Der scharfen Opfer, die von der Bürgerhaft und der Stadtverwaltung vorab von deren Leiter dem Oberbürgermeister gebracht wurden, bleibe unvergessen. Am Anschluß daran gab der Staatspräsident an Hand der Beratungen mit der Reichsregierung einen kurzen Ausblick auf die wirtschaftliche und politische Auswirkung der Londoner Konferenz.

Die Feier im Unionsaal.

Inzwischen hatte sich der Unionsaal, wohin die Stadtverwaltung die Bürgerhaft zu einem Festabend eingeladen hatte, bis auf den letzten Platz gefüllt. Der feierliche Saal, in dem sich Tausende zur feierlichen Kundgebung der gemeinsamen Freude über die Befreiung versammelt hatten, bot ein unvergleichliches Bild der Geselligkeit und Verbundenheit aller Schichten und Kreise. Der Staatspräsident wurde bei seinem Erscheinen begeistert begrüßt. Nach Vorträgen der Stadtkapelle und eines großen Männerchors hielt

Oberbürgermeister Holler

eine vielfach von lebhafter Zustimmung begleitete Ansprache. Ausgehend von dem gewaltigen Eindruck der Einheit in der Freude über die wiedergewonnene Freiheit gab der Oberbürgermeister der ebenso einhelligen Empfindung des tiefsten Dankes Ausdruck, den die Stadt Offenburg allen Reichs- und Landesstellen gegenüber abzulassen habe für treue Unterstützung und teilnehmende Sorge am Geschick der Stadt in den Tagen des Leidens. Dieser Dank gebühre in erster Reihe der badischen Regierung, deren Repräsentanten bei dieser Feier beehren zu können der Stadt Offenburg eine besondere Freude sei. Redner sprach namentlich neben dem Staatsministerium, dem

sich eine lebhafte Aussprache über Pferdebesitz. Veterinär Dr. Gerspach gab bekannt, daß in aller nächster Zeit die Zuchtanstalt für die Pferdebesitzer der Stadt Karlsruhe aufgestellt werden würden. Zum Schluß wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß nach allgemeiner Beobachtung die Pferdepreise vielfach zu wünschenswert läge. Der Grund liege darin, daß nach Auflösung unserer Heeresmacht eine richtige Ausbildung in der Pferdepflege, wie sie der Kavallerie erhalten habe, nicht mehr auf möglich sei. Es sollten sich deshalb in jeder Gemeinde die jungen Leute zusammen und unter Leitung eines gebildeten Kavalleristen Pferdepflegekurse veranstalten; dabei könnte auch Anleitung zum Reiten gegeben werden. Diese Anregung wurde dankbar begrüßt.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft, und mit Worten des Dankes für die rege Beteiligung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Staatskommissar für das hiesige badische Gebiet, Ministerialrat Dr. Scheffmeier, dem früheren Oberamtmann Schwoerer, dem gegenwärtigen Oberamtmann Engler, im weiteren den Herren der Eisenbahnbetriebsverwaltung und auch für sein Eintreten zur Erleichterung des Loses der Ausgewiesenen und Verhafteten dem Erbisch den Dank der Stadtverwaltung und Bürgerhaft aus. Bei seinem Rückblick auf die schweren Tage seit der Besetzung am 4. Februar 1923 gedachte der Oberbürgermeister unter lebhaftem Beifall der geschickten kollegialen Führung der Stadtverwaltung durch den Stadtrat nach der Verhaftung des Stadtoberhauptes und der Ausweisung des Bürgermeisters Dr. Bührer. Die Zeit der Bedrückung mit ihren täglich neuen schweren Anforderungen an den Geist des gedrückten, aber auch treuen und unbeirrten Ausbarrens möge vergessen sein im Zeichen der neuen Beziehung unter den Völkern, die gerade die Einwohnerschaft des geräumten Gebiets in der Auswirkung der Londoner Konferenz erhoffe. Das deutsche Volk ist ein Volk, das sich einen Platz durch Arbeit und rastloses Schaffen erwerben will, lebe in der Hoffnung des baldigen Einbruchgebietes das erste Zeichen einer längst erhofften Aera der Verständigung. Im Geiste der Einheit gemeinsamer Arbeit dränge es die Stadt Offenburg, ihre Freude am heutigen Tage in einem feierlichen Festgelände zu Reich und Land und zu den Befreiungsgrundlagen des neuen Reichs auszudrücken. Redner schloß mit einem Hoch auf die enge badische Heimat und das Reich, in das die gewaltige Versammlung begeistert einstimmte. Darauf wurde

Nach einem weiteren Musikvortrag trat unter dem Beifall der Versammlung Staatspräsident Dr. Köhler an das Rednerpult.

Rede des Staatspräsidenten.

Der Staatspräsident lenkte einleitend den Blick auf die große Konstanzer Kundgebung deutscher Turner und die eindrucksvollen Beratungen der Ministerpräsidenten mit der Reichsregierung, um zu fragen: Was war das alles gegen das, was wir heute hier erleben: Den Jubelschrei eines befreiten Landes. Die Erinnerung an die furchtbare Not der Besatzungszeit, so schwer und hart sie auch eingriff in das Leben der Gemeinde wie in die einzelnen Familien, müsse heute schweigen am Tage der Befreiung, den es ihn gedrängt habe mit Offenburgs Einwohnerschaft zu feiern, wie er auch jenen unglückigen 4. Februar 1923 in der von französischem Einbruch überraschten Stadt Offenburg erlebt habe. Trosten Herrgen übermittle er die Glückwünsche der Reichsregierung und die besonderen Wünsche des Reichstanzlers; damit verbinde er namens der Regierung den herzlichsten Dank für die vorbildlich treue Haltung der Offenburgs Einwohnerschaft. Die badische Regierung habe stets mit besonderem Stolz ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß badische Männer und Frauen Haltung zu wahren wissen. Haltung auch in dem ungeliebten Leid, das nicht zuletzt die Familien und die Frauen zu erdulden hatten.

Dafür gebührt Offenburg der Dank des ganzen Landes.

Die Befreiung der Ortenau sei die erste sichtbare Folge der Londoner Konferenz, der fruchtbarsten Arbeit unserer Delegation, der in neuem Glauben Freiheit Dank zu sagen man sich hier besonders freue. Wenn auch kein Grund zu jubelnder Freude sei, müsse man doch mit Genugtuung erkennen, daß an die Stelle des Kommandos die Verständigung, an die Stelle des Mißtrauens Vertrauen zu treten beginne. Am Oberrhein sei die Fahne des Vertrauens zum ersten Male entrollt worden, wir hoffen und wünschen heiß, daß diese Fahne hinunter getragen werde an den Rhein. Dann haben wir den Glauben an die Welt und an ein Weltgewissen wieder. Die Ausrufung Macdonalds, das Londoner Resultat sei der erste wirkliche Friede, und die Bemerkung im Londoner Schlußprotokoll, es müsse „tabula rasa“ mit der Vergangenheit gemacht werden, lassen uns hoffen, daß wir nicht wieder mit solchen Worten abgefunden werden. Daraus geht allerdings die Fortdauer der Ruhrbekämpfung sehr schlecht. Aber die begonnene Verständigung lasse erwarten, daß die schicksalserfüllte Auseinandersetzung energig die Sanktionspolitik verdrängt habe. Somit ist London ein Schritt vorwärts. Deutschland habe seit 1918 „auf der Stelle getreten“, ja vielfach „nach rückwärts rüsten“ müssen. Nunmehr dürfe man hoffen, daß es vorwärts und aufwärts gehe, wenn auch langsamen Schritts. Aufwärts aber nur durch unsere Arbeit. Jetzt sei auch nicht der Zeitpunkt, aus engen Anschauungen heraus das Ringen des Volkes mitanzusehen, sondern da die Männer, denen wir unsere Vertretung in die Hand geben, die Entscheidung so fällen, wie es die durch läge Arbeit unserer Regierung erzielte Gleichberechtigung im Rat der Völker erheißt. Jetzt ist der Augenblick der Entscheidung, ob wir zusammenstehen in der Einheit der Arbeit oder ob das deutsche Volk wieder seine Stunde verjümt. Ein Nein ist unklar und Europas Zusammenbruch würde uns den Haß der ganzen Welt zuziehen.

Der Staatspräsident gab seiner festen Ueberzeugung Ausdruck, daß wir nicht Nein sagen, sondern im Bewußtsein der Entscheidung handeln werden. Ein schwerer Weg, aber ein Weg aufwärts liege vor uns. In der befreiten Ortenau habe dieser Weg begonnen. Hier sei ein Wort reich und voll eingelöst worden. Mit dem Wunsch, es möge die Zeit bald kommen wo das ehrliche Manneswort, gesprochen von wem immer es sei, in der Welt Geltung habe, schloß der Staatspräsident seine aus klarer Ueberzeugung kommenden und ob ihrer Herzlichkeit padende Rede, indem er ein Hoch auf die befreite Ortenau und die Stadt Offenburg ausbrachte. Die begeisterte Versammlung stimmte freudig ein.

Als der Staatspräsident bald nach seiner Rede die Versammlung verließ, brachte der Oberbürgermeister ein stürmisch aufgenommenes Hoch auf ihn aus.

Im weiteren Verlauf der Feier wurden noch verschiedene Ansprachen gehalten und zahlreiche Glückwunschsadressen verlesen. Oberbürgermeister Holler brachte ein Telegramm an den Reichspräsidenten in Vorschlag, das der Regierung den Dank für die erreichte Befreiung ausdrückt und den Wunsch enthält, daß die Londoner Konferenz eine Annahme finden möge.

Die Feier, zu der sich die Bürgerhaft in geschlossener Gemeinschaft zusammenfand hinterließ einen gewaltigen Eindruck, nicht zuletzt deshalb weil sie sich freilich von allen Ausschreitungen und Ueberreizungen eines falschen Jubels.

Vorzeichen der Veranstalter.

x Wiedereröffnung des Operntheaters. Am 23. ds. Mts. werden die bekannten Schiffe im Opernhaus, Kaiserstraße 5 am Durlacher Tor, nach einer größeren Renovierung des Theaters wieder eröffnet. Durch umfangreiche bauliche, kino- und technischer Verbesserungen ergibt das Theater alle Annehmlichkeiten und Annehmlichkeiten, die heute von einem modernen Großstadttheater erwartet werden. Die künstlerische Ausstattung des Opernhauses wird die Renovierung wurde unter der Leitung des Herrn Architekten E. Sauer hier ausgeführt. (Mädes im Theater.) Stadtparkkonzerte. Gutes Wetter vorausgesetzt, findet am Samstag, den 23. ds. Mts. im Stadtpark ein Konzert der Opernkapelle statt. Aus dem sorgfältig zusammengestellten Programm seien besonders genannt: „Einzug der Gäste auf der Barbudung“ von Wagner, „Fantasie“ v. Op.; „Traviata“ von Verdi, Große Fantasie a. d. Op.; „Carmen“ von Bizet u. a. m.

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda spart Seife und Seifenpulver! Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen. Vorzügliches Einweichmittel



# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

## Das Gesetz über die Deutsche Reichsbahngesellschaft.

### Der wesentliche Inhalt.

Der Entwurf des sogenannten „Reichsbahngesetzes“ besteht aus zwei Teilen. Den ersten Teil bildet das eigentliche Gesetz, das die Übertragung des Betriebsrechtes auf die Reichsbahngesellschaft und das Verhältnis derselben zum Reich, insbesondere also die dem Reich verbleibenden Hoheitsrechte, behandelt; den zweiten Teil bildet die Satzung der Gesellschaft, die sich mit ihrer finanziellen Struktur und Organisation befaßt und die eine Anlage des Gesetzes bildet. Der Inhalt von Gesetz und Satzung war in den wesentlichen Grundzügen durch den Sachverständigenplan festgelegt. Wo dieser Plan jedoch Lücken aufwies oder eine mehrfache Auslegung zuließ, zeigt der Entwurf auf Grund der Arbeiten des Organisationskomitees im allgemeinen eine für Deutschland nicht ungünstige Fassung.

Der Inhalt von Gesetz und Satzung ist, von Einzelheiten abgesehen, etwa folgender:

### Betriebsgesellschaft. Dauer des Betriebsrechtes.

Die deutschen Reichseisenbahnen verbleiben im Eigentum des Reiches. Das Reich überträgt lediglich das Recht zur Bewirtschaftung dieser Bahnen an die neu zu schaffende Deutsche Reichsbahngesellschaft und zwar bis zum 31. Dezember 1964. Bis zu diesem Datum sollen die auf dem Eisenbahnbau laufende Reparationsarbeiten und die von der Gesellschaft ausgehenden Vorzugsaktien getilgt sein. Volkzieht sich die Tilgung schneller, so verkürzt sich das Betriebsrecht entsprechend, ist die Tilgung zu dem vorgezeichneten Datum nicht durchgeführt, so tritt eine entsprechende Verlängerung des Betriebsrechtes ein.

Die Gesellschaft hat nicht nur ein Betriebsrecht, sondern auch eine Betriebspflicht. Sie übernimmt die Verpflichtung, das ihr anvertraute Eisenbahnmögen in gutem Zustande zu erhalten und den Betrieb unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft nach kaufmännischen Grundätzen zu führen. Die Gesellschaft unterliegt in ihrer Betriebsführung der Aufsicht des Reiches.

Dieses Aufsichtsrecht des Reiches, das einen Ausfluß der beim Reich verbleibenden Eisenbahnherrschaft darstellt, erstreckt sich auf eine Reihe von Gebieten, die im Gesetz einzeln aufgezählt sind. Der Sachverständigenplan hatte das Aufsichtsrecht nur im allgemeinen anerkannt und der Regelung im einzelnen Spielraum gelassen.

### Hoheitsrecht der Reichsregierung.

Das Aufsichtsrecht der Reichsregierung erstreckt sich nicht nur darauf, daß sich Anlagen und Betriebsmittel in einem betriebsfähigen Zustand befinden, es werden vielmehr auch eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen von der Genehmigung der Reichsregierung abhängig gemacht; so ist die Genehmigung der Reichsregierung unter anderem erforderlich zur Einstellung des Betriebes einer Reichsbahnstrecke oder eines wichtigen Bahnhofs, zur Einführung grundlegender Neuerungen und Änderungen technischer Anlagen, zum Erwerb anderer Unternehmungen, zur Aufstellung der Fahrpläne des Personenverkehrs, zur Abschaffung bestehender Personenwagenklassen und schließlich zur Änderung bestehender Tarife. Die auf diese Weise dem Reich gehörende Tarifhoheit findet nur insoweit ihre Schranken, als Tarifverhandlungen, die erforderlich sind, um den Schuldendienst der Gesellschaft sicherzustellen, von der Reichsregierung bewilligt werden müssen.

Kommt es bei der Ausübung der vorerwähnten staatlichen Hoheitsrechte zu Streitigkeiten zwischen der Reichsregierung und der Gesellschaft, so entscheidet ein beim Reichsgericht zu bildendes besonderes deutsches Gericht, das aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern besteht. Der Vorsitzende wird für 5 Jahre vom Reichsgerichtspräsidenten bestellt. Es soll ein deutscher Richter von besonderer Erfahrung sein. Auch die Beisitzer müssen Deutsche sein. Je einer wird für den Einzelfall von der Reichsregierung und der Gesellschaft in Vorschlag gebracht und vom Reichsgerichtspräsidenten bestellt.

Die Einführung dieses deutschen Gerichts, das im Sachverständigenplan nicht vorgesehen war, bedeutet eine wesentliche Verbesserung der deutschen Stellung. Der im Sachverständigenplan vorgesehene neutrale Schiedsrichter, der vom Präsidenten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs zu ernennen ist, wird in der Hauptsache nur bei Streitigkeiten zwischen der Reparationskommission, einer in ihrer vertretenen Regierung, dem Treuhänder oder dem Kommissar einerseits und der Reichsregierung oder der Gesellschaft andererseits zuständig sein. Außerdem bildet dieser Schiedsrichter eine Berufungsinstanz gegen Entscheidungen des deutschen Gerichts. Die Berufung ist jedoch nur zulässig, wenn durch die Entscheidung des deutschen Gerichts der Dienst der Reparationsschuldverpflichtungen gefährdet wird.

### Die Personalfrage.

Das Berufsamtentum bei der Reichsbahn bleibt erhalten. Auch der landsmannschaftliche Charakter des Beamtenkörpers soll gewahrt bleiben, soweit das mit den Erfordernissen des Dienstes in Einklang zu bringen ist. Das Beamtenrecht der Reichsbahnbeamten wird im wesentlichen das gleiche sein wie für die sonstigen Reichsbeamten, wenn es auch in einigen Punkten eine Sonderregelung aufweist, die der Struktur und den Aufgaben der Gesellschaft Rechnung trägt. Hervorzuheben ist, daß die Beamten unter Bewilligung von Wartegeld einwirken in den Ruhestand versetzt werden können, eine Bestimmung, wie sie, abgesehen von der Abbauregung, im Reich bisher nur für Offiziere und die sogenannten politischen Beamten bestand, wie sie aber in einzelnen deutschen Ländern bereits jetzt für alle nicht richterlichen Beamten gilt.

### Die Organisation der Gesellschaft.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 15 Milliarden Goldmark. Es ist in Aktien zerlegt und zwar in zwei Milliarden Vorzugsaktien und dreizehn Milliarden Stammaktien. Die Vorzugsaktien sind Inhaberkonten. Sie sind frei übertragbar und für den Markt bestimmt. Der durch den Verkauf dieser Aktien erzielte Erlös wird zu 1/2 dem Reich und zu 1/2 der Gesellschaft zufließen. Die Stammaktien sind Namensaktien. Sie werden auf den Namen des Reiches oder eines deutschen Landes gestellt und ihre Übertragung ist an erwerbende Bedingungen geknüpft. Die Gesellschaft gibt ferner 11 Milliarden Reparationsschuldverpflichtungen aus, für die das gesamte Eisenbahnmögen dinglich haftet (Reparationshypothek).

Inhalt und Wirkung dieser Haftung ergibt sich aus den besonderen Vorschriften über den Eisenbahnkommissar.

Wenn die Reichsbahngesellschaft in ihrem Aufbau auch starke Ähnlichkeit mit einer Aktiengesellschaft aufweist, so hat sie doch eine ihrem Wesen und ihren Aufgaben entsprechende Sonderregelung erfahren. Im Gegensatz zur Aktiengesellschaft hat sie nur zwei Organe: Vorstand und Verwaltungsrat. Dem Verwaltungsrat sind damit auch gewisse Aufgaben zugefallen, die sonst Sache der Generalversammlung sind. Dem Vorstand liegt die unmittelbare Leitung und die Vertretung des Unternehmens ob. Der Verwaltungsrat gibt die allgemeinen Direktiven für das Geschäftsgeschehen und entscheidet über grundlegende Fragen, die in der Satzung zum Teil einzeln aufgeführt werden. Er genehmigt die Bilanz und die Gewinnverteilung.

Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern. 9 Mitglieder werden von dem als geschickten Vertreter der Schuldverschreibungsgläubiger auftretenden Treuhänder, 9 Mitglieder werden von der Reichsregierung ernannt. Wenn die Vorzugsaktien veräußert werden, wird den Vorzugsaktionären das Recht zur Bestellung von 4 Mitgliedern eingeräumt mit der Maßgabe, daß mit 500 Millionen ausgedehnter Vorzugsaktien ein Sitz im Verwaltungsrat verbunden ist. Die von den Vorzugsaktionären gewählten Mitglieder müssen ebenso wie die bisher von der Reichsregierung ernannten, an deren Stelle sie treten, Deutsche sein. Unter den vom Treuhänder ernannten Mitgliedern müssen 4 Ausländer sein, während die weiteren 5 Vertreter der Schuldverschreibungsgläubiger Deutsche sein können und hienichtlich sein werden. Der Präsident des Verwaltungsrats muß Deutscher sein. Da ihm bei Stimmengleichheit eine Zusatzstimme zusteht, ist die deutsche Mehrheit im Verwaltungsrat gesichert und auch hiermit eine Frage, bei der der Sachverständigenplan sich nicht zweifelsfrei ausdrückte, zugunsten Deutschlands geklärt.

Der Vorstand besteht aus dem Generaldirektor und einer Anzahl Direktoren. Sie müssen sämtlich Deutsche sein. Der Generaldirektor trägt für die Geschäftsführung die Verantwortung. Er wird vom Verwaltungsrat gewählt und bedarf ebenso wie die Direktoren der Befähigung durch den Reichspräsidenten.

### Der Eisenbahnkommissar.

Zur Wahrnehmung der Rechte aus den Reparationsschuldverpflichtungen wird ein Eisenbahnkommissar von den ausländischen Mitgliedern des Verwaltungsrats gewählt. Solange die Gesellschaft ihren Verpflichtungen nachkommt, hat der Kommissar kein Recht, in die Verwaltung einzugreifen. Im fest lediglich ein Informationsrecht zu, wobei er zu unbedingter Verbindlichkeit über die Angelegenheiten der Gesellschaft verpflichtet ist.

Hält der Kommissar den Schuldendienst für gefährdet, so kann er die Frage mit dem Generaldirektor erörtern, und wenn dieser seinen Anregungen nicht folgen will, vor den Verwaltungsrat bringen. Dieser entscheidet endgültig. Erst wenn die Gesellschaft mit den ihr obliegenden Reparationsleistungen tatsächlich in Verzug gerät, kann der Kommissar in die Verwaltung eingreifen. Er kann fortfall bestimmter Ausgaben und Tarifierhöhungen, sowie einen Wechsel in der Person des Generaldirektors fordern. Der Verwaltungsrat hat seinen Wünschen nachzukommen, bleibt aber im übrigen Träger der Verwaltung.

Sollte jedoch auch nach Ablauf einer Schonzeit von 6 Monaten die Deckung des Schuldendienstes noch nicht erreicht sein, so kann der Kommissar im Einvernehmen mit dem Treuhänder unter Ausschaltung des Verwaltungsrats den Betrieb selbst in die Hand nehmen. Auch kann er Fahrzeuge und andere Sachen, soweit sie für die Betriebsführung erforderlich sind, veräußern.

Als härteste Maßregel ist vorgesehen, daß der Kommissar das Betriebsrecht ganz oder zum Teil verpackt. Der Durchfuhr dieser Maßregel hat jedoch eine Entscheidung des neutralen Schiedsrichters vorauszugehen, daß diese Maßnahme nötig und geeignet ist, den Dienst der Reparationsschuldverpflichtungen zu sichern.

Im übrigen unterliegt eine Betriebsführung durch den Kommissar oder einen Vächter den gesetzlichen Bestimmungen, die für das Verhältnis der Gesellschaft zum Reich bei der Betriebsüberlassung normiert sind. Die staatlichen Hoheits- und Aufsichtsrechte des Reiches werden auch durch die Verwaltung des Kommissars oder Vächters nicht berührt. Die nach dem Sachverständigenplan noch unklare Frage der Veräußerung der Bahnen durch den Kommissar, die weder wirtschaftlich noch rechtlich einen Sinn gehabt hätte, ist nunmehr endgültig verneint. Das Eigentum an den Bahnen bleibt also unter allen Umständen dem Reich erhalten.

## Devisen- und Effektenmarkt.

### Berliner Börse.

\* Berlin, 21. August. (Zunehmend.) Der Tag der Reichstags-entscheidung rückt näher und die Zurückhaltung der Spekulation nimmt dementsprechend zu. Man glaubt nunmehr mit einer Ablehnung der Deutschnationalen rechnen zu müssen und sieht den Folgen mit einigen Bedenken entgegen. Bestimmend wirkte ferner die neue Neuherung des englischen Schatzkanzlers Snowden, wonach dieser der Meinung ist, daß die Durchfuhrsmöglichkeit der Londoner Beschüsse noch zweifelhaft sei, da der Dawesplan grundlegende Änderungen erfahren habe. Gewisse Bedenken löst auch das Gesetz über die Industrieobligationen aus. Die Tatsache, daß die Montanindustrie über 50 Millionen Goldmark innerhalb eines Jahres aus Zinsen und Amortisation für die Obligationen aufbringen muß, läßt nach Meinung der Börse erst die volle schwere Belastung aus dem Dawesplan erkennen. Daber bleibt man in Börsenkreisen zurückhaltend und auch das Publikum, wie das Ausland sind mit größeren Aufträgen nicht auf den Markt gekommen. Die Anleihen wurden schwach gehandelt. Nach einem Anfangsstart von 0,77 verzeichnete man um 12 Uhr einen Schluss von 0,74 für 5proz. Reichsanleihe.

Der Geldmarkt blieb unverändert mit Zinssätzen von 1/2-1/2 pro Mille für tägliches Geld.

Vom Devisenmarkt ist nichts Neues zu berichten. Die Anforderungen sind immer noch gering. Bereits bei Notierung der ersten Kurse waren die meisten Märkte abgefrachtet, wenn auch nicht erheblich, und im weiteren Verlauf ließen sich noch weitere Kurseinbußen feststellen.

## Warenmarkt.

### Produkte und Kolonialwaren.

\* Berlin, 21. Aug. (Zunehmend.) Produkten-Börse. Das Getreidegeschäft entwickelte sich heute nur langsam. Bei den eher schwachen überseeischen Berichten fehlte von dieser Seite Anregung. Jedenfalls ist die Tendenz an den einzelnen Märkten nicht einheitlich. Von neuem Weizen blieb das Angebot noch klein. Roggen stellte sich bei mehr Offerten billiger. Das heutige Weizenangebot im Inlande war ruhig. Für Roggenmehl sind Provinzmüllern vermehrt mit Angeboten im Markt, Gerste in guter Braugeräte weiter zu verkaufen. Mittelqualitäten nur sehr schwer unterzubringen. Hafer ziemlich stetig bei schiedemern Umfr. Futterstoffe nur für spätere Lieferungen befreit. Bemerkenswert ist vermehrtes Angebot in prompten Artikeln. Die amtlichen Notierungen stellen sich (für Getreide und Mehl) wie folgt: 1000 Kilo, je 100 Kilo ab Station; Weizen, märk. 204-210, rubig; Roggen, märk. 148-155, rubig; Sommer, märk. 205-210, rubig; 182-187, rubig; Hafer, märk. 160-170, rubig; Weizenmehl 28-30,50, stetig; Roggenmehl 22-24,50, rubig; Weizenkleie 11,50, rubig; Roggenkleie 11,10-11,20, rubig; Raps 310 bis 3,20, fest; Leinöl 400, rubig; Erbsen, Victoria 27-31, R. Speller 15-17; Bohnen 14,50-16,50; Lupinen, blaue 9-10; Lupinen, gelbe 16-18; Rapskuchen 12,60; Leinölkuchen 22; Treibschmelz 10,80 bis 11; Löffelmasse 30,70 8; Kartoffelmehl 23-25,50 Markt.

Wien, 20. August. Fruchtmärkte. (Nachmittags.) Weizen Frühweizen 17-16, Winteren 22-25, Weizen 8-12, Weizen 30-31, Weizen 20. August (Vormittags): Weizen Frühweizen 18-19, Winteren 22-25, Weizen 8-12, Weizen 30-31, Weizen 20.

### Viehmarkt.

\* Auf dem Dienstag-Schweinemarkt in Bremen kostete das Schweinefleisch 20-25 Mark. — Auf dem Viehmarkt in Badshu war 18. August vor der Durchschnittspreis für Ochsen 320-755 Mark, Kühe 380-460 Mark, Kälber 382-450 Mark, Rinder 200-250 Mark, Ziegen 120-140 Mark, Schaffländer 20 Mark, Zisterne 68-74 Mark pro Paar und Milchschweine 25-60 Mark pro Paar.

### Das Privatnotendankgesetz.

Das Reichskabinett hat in seiner Dienstag-Sitzung den Entwurf eines Privatnotendankgesetzes angenommen, der inwieweit dem Reichsrat zugewiesen ist. Wie die Telegrammmeldung hört, verfolgt dieser Entwurf den Zweck, anstelle der einschlägigen Vorschriften des alten Bankgesetzes vom 14. März 1875 eine neue Regelung des Privatnotendankwesens zu setzen und zwar unter entsprechender Rücksicht auf das neue Reichsbankgesetz, dessen Entwurf vorliegen abend veröffentlicht. Zu diesem neuen Bankgesetz wird die Höchstgrenze des Privatnotendankes auf 100 Millionen festgesetzt. Die Regelung im einzelnen erfolgt durch das neue Privatnotendankgesetz. Die Privatnotendanken im Sinne des Gesetzes gelten die Vorkriegsnotenbank in Stuttgart und die Badische Bank in Karlsruhe. Die von den Privatnotendanken ausgebenen Noten laufen auf die neue Reichsbank. Die Höchstgrenze des Rechts der Notenausgabe beträgt für Bayern und Baden je 70 Millionen, für Württemberg und Baden je 25 Millionen Reichsmark.

\* Sanau-Konzern. Zu den Nachrichten über einen Wechsel im Aufsichtsrat bei dem von dem Sanau-Konzern kontrollierten Gesellschaften wird mitgeteilt, daß sich die Mehrheit der in Frage kommenden Unternehmen, nämlich: Rheinischer Metallwerke, Olfide Werke vorm. C. Schütz u. Co., Kfz. Fabrik, Hamburger Eisenwerk, A.G., Omnia Handels- und Finanzbank A.G., Berlin, nach wie vor im Besitz des Konzerns verbleiben. Der Aufsichtsrat der Olfide Werke, ist aus den Aufsichtsräten der Gesellschaften ausgeschieden. Die von dem Kaufmann Bogel in Bonn gegen die Gesellschaft angestrebte Klage auf Zahlung von 40 000 Dollar ist kostenpflichtig abgewiesen worden.

La Mina Grande, Bb. Unter dieser Firma wurde in London zum Zwecke des Erwerbs von Wertpapieren, mineralischen Grund und Boden, Wasserkräfte in Nordamerika, eine Aktiengesellschaft mit neuem Kapital von £ 5 000 in 100 000 Aktien zu 1 sh. etabliert.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 21. August 1924. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	20. 8. 24.	21. 8.	21. 8.
Amsterdam 100 G.	162 44	163 36	162 44
Buenos-Aires 100 Pes.	1 405	1 405	1 405
Brüssel-Antwerp 100 Fr.	21 05	21 15	20 85
Kristiania 100 Kr.	57 85	58 15	57 85
Kopenhagen 100 Kr.	67 68	68 02	67 73
Stockholm 100 Kr.	111 22	111 78	111 22
Wien 100 Sch.	10 47	10 53	10 47
London 100 Lira	18 65	18 75	18 40
London 100 Pf.	18 815	18 905	18 80
New-York 100 D.	4 19	4 21	4 19
Paris 100 Fr.	20 615	20 735	20 615
Schweden 100 Kr.	78 95	79 35	78 75
Spanien 100 Pes.	55 61	55 89	55 56
Lissabon 100 Escuto	11 52	11 58	11 97
Japan 100 Yen	1 71	1 71	1 71
Rio de Janeiro 1 Milreis	0 40	0 41	0 41
Wien 100000 Kr.	5 915	5 935	5 915
Prag 100 Kr.	12 59	12 65	12 57
Jugoslawien 100 Dinar	5 19	5 21	5 19
Budapest 10000 Kr.	5 52	5 54	5 47
Russland 100 Rubel	3 04	3 04	3 04
Bulgarien 100 Goldl.	74 81	75 19	74 96
Konstantinopel 100 L.	2 22	2 24	2 22

### Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Bankgeschäft, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr.	Alles circa in Billionen Mark pro 1000.—
Adler Kali	230
Api	44
Bad. Lokomotivw.	4
Baldar	4
Becker Kohle	55
Becker Stahl	22
Benz	35
Brown Boveri	11
Continental Holz.	—
Deutsche Lastauto	14
Deutsche Petroleum	190
Germania Linoleum	115
Grünler Zigaren	2
Großkraftw. Würtb.	2
Hansa Lloyd	13
Heldburg-Vorz.-Akt.	415
Ind. u. Bergw.	16
Itterkraftwerk	17
Kabel Rheyd.	67
Kammerkirsch	0 4
Karstadt	25
Knorr	43
Krögerhall	90
Landeswirtschafsb.	0 6
Mannh. Kohlenw.	1 5
Meurer-Strömung	1 2
Moninger Brauere.	310
Neuburger Spinn.	280
Industrie- und Handels-A.G.	0 6
Petersburg. Intern.	36
Rastatter Waggon	40
Süd. Prähistorische	85
Russenbank	100
Schwarz	1
Siemens-Halske	47 5
Sinalco	4 1
Süd. Prähistorische	3 7
Steinlekt. Gummi	0 3
Trikotweb. Besigheim	—
Thüringer Liegerungen	6 75
Uhren-Furtwängler	3
Ver. D. Oelfabrik	38
Ver. Casseler Fass	3 4
Voigt u. Häfner	1 7
Volthom Kabelw.	3 1
Weyß u. Freytag	2 5
Wohlfahrt	2 5
Zellstoff-Waldhof	11
Zschokkwerke	—
Zucker Badische	3 87
Zucker Frankenthal	4 5
Zucker Heilbronn	3 7
Zucker Offstein	4 2
Zucker Rheingau	3 375
Zucker Stüttgart	4 37
Bergwerks-Aktien.	—
Bercolius	6
Böckmer Guß	6 1
Jucherus	13 6
J. Luxemburg	52 5
Schweitzer Bergw.	71
Jensenkirchen	16 5
Harpener	6 7
Kali Ascheralben	2 9
Kali Westeralben	21 5
Mannesmann	38
Mansfelder	6
Oberschl. Eisenbahn	14 7
Oberschl. (Caro)	14 5
Phönix	37 75
Rhein. Stahlw.	33
Rombacher Hütte	18 62
Silber. Heilbronn	4
Silber. Heilbronn	4
Silber. Heilbronn	4
Ver. König- u. Laurah	8
Becker Kohle	5 5
Benzmotoren	3 625
Krögerhall Kali	9
Rastatter Waggon	4 375
Wertbest. Anleihen	—
in Mark je Tonne bezw. Stück	—
Jadenw. Kohle	9 4
Manuh. Kohlen	10 7
Hess. Braunkohle	2 1
Preuss. Kohle	2 8
Sachs. Braunkohle	5 2
Sachs. Braunkohle	4 2
Sachs. Braunkohle	1 6
Süd. Forstwerke	1 6

## Frankfurter Börse

vom 21. August.

Staatspapiere (in Proz.)	20. 8.	21. 8.	Banken.	20. 8.	21. 8.
5% Dt. Reichsanleihe	0 725	0 72	Badische Bank	26 5	25 5
5% K. 18	1 15	—	Barmer Bank	2 3	2
3 1/2% Dt. Reichsanl.	1 15	1 075	Darmstädter Bank	10 25	9 6
4 1/2% Dt. III. Kriegsanl.	1 6	1 5	Deutsche Bank	11 75	11 125
4 1/2% IV u. V	0 47	0 43	Disconto-Ges.	13 5	13 37
3 1/2% VI-IX	0 57	0 55	Dresdener Bank	7 5	7 25
3 1/2% dt.	0 47	0 46	Frankf. Metallbank	13 5	—
Dt. 1. 4. 24	—	—	Frankf. Metallbank	13 5	—
Dt. Schutzob. 08-11	—	—	Mittelk. Kreditbank	2 2	2 1
1/2% dt. von 1914	3 450	—	Oest. Landesbank	0 430	—
Dt. Sparprämienanl.	0 40	0 40	rhein. Kreditbank	2 87	2 6
2% dt. v. 1914	0 015	0 014	rhein. Hypok.	5 5	5 5
1% dt.	—	—	Süd. Diskont.	9 75	9
1% dt.	—	—	Westbank Frankf.	0 370	0 35
1% dt.	—	—	Wiener Bank	0 295	0 275
1% dt.	—	—	Württ. Notenbk.	—	52
1% dt.	—	—	Industrieaktien.	—	—
1% dt.	—	—	Hapag	27 75	27 7
1% dt.	—	—	Nordl. Lloyd	7 15	6 75
1% dt.	—	—	Brauerer Liebanm.	24	28
1% dt.	—	—	Adl. Gebr.	2 3	2 4
1% dt.	—	—	Adler & Oppenb.	—	—
1% dt.	—	—	Adler Kleyer	2 6	2 4
1% dt.	—	—	A. E. G.	10 6	9 4
1% dt.	—	—	Anglo Guano	—	1 5
1% dt.	—	—	Aschaffenb. Zellstoff	23	20 6
1% dt.	—	—	Badenia Weinheim	1 05	1
1% dt.	—	—	Bad. Anilin u. S.	19 1/2	19
1% dt.	—	—	Bad. Masch. Durlach	16	16

Bergmann Elektro	17 125	15 5	Hoch u. Tief	2 85	2 9
Bingwerke	2 8	2 76	Höchst Farb.	16	17 1/2
Blei u. Silber Braub.	—	—	Holzmann Phil.	4 25	3 75
Brown, Boveri	1 3	—	Holzverkohlung	7 3	7 2
Bühning	3	4	Hydrometer	—	—
Cement Heidelberg	13 1	12 25	Inag	1 65	1 37
Chem. Griesheim	17 25	16 75	Jungbans Gebr.	9	8 85
Daimler Motoren	3 25	2 7 1/2	Kammgarn Kaisersl.	10	8 5
Dr. Eisenhandl.	4 6	4 6	Karlsruher Maschinen	4 25	3 7
Dr. Gold u. Silber Sch.	15 3	14 6	Klein u. Schindelm.	4 5	4 5
Dr. Verlag	26	25	Knorr Heilbronn	4 25	4
Dingler	4 3	4 9	Kons. Braun	1 3	1 1/2

# Das Land der Finsternis.

Ein Abenteuerer-Roman

von **Curt J. Braun.**

Copyright 1923 by Hugo Wille, Verlagsbuchhandlung Berlin. (Nachdruck verboten.)

(14. Fortsetzung.)

Sie schoben eine eiserne Leiter hinauf und kletterten alle nach. Die Sonne ... Nach langer Zeit ... Ganz dicht am Horizont stand sie — ein ungeheurer, dunkelglühender Feuerball, der sie mit Blut übergoß und sein rotes Flammen über die Berge warf.

Ueber die Berge ... Nach Süden hin lagen sie weites, flaches Land — in der Ferne einzelne Hügelketten ... Nach Norden hin ragten die Gletscher — tagte das Gebirge ...

Bis dicht an das Wasser hob sich eine ungeheure Eiswand. Ein riesiger Gletscher, der sich in weite Fernen erstreckte ... Fridtjof Larsen rief die Flagge hoch, die er in der Hand hielt. Der Wind strich durch sie und ließ sie aufblättern.

In langen Sähen kamm er die Gletscherwand hoch. Sein Fuß öffnete sich — ein paarmal kramte er — fiel nieder — sprang wieder hoch — weiter hinauf.

Als er sich umschau, bemerkte er die andern tief, ganz tief unter ihm. Und drüben am Horizont glomm das letzte Leuchten der Sonne. Er hobte die Flaggenstange in das Eis. In eine Spalte.

Stolz flatterte das Rot mit dem langgestreckten blauen Kreuz. Darunter hing kleiner die andere — die blaue mit dem gelben Kreuz. Er sah befriedigt auf sein Werk. Die Flagge stand fest. Da schickte er sich an, wieder in die Tiefe zu klettern.

Wage Lindström hatte den Seganten in der Hand und arbeitete schwiegend. Er achtete nicht auf die Vorgänge umher. David, der Neger, stand neben ihm und rechnete mit. Er wurde plötzlich erregt — schrie hastiger die Zahlen — addierte — schlug die Logarithmen auf.

„Ja — äh hm —“ sagte der Professor Petersen, „das ist hier ein bewiesener terra incognita ... Es freut mich wirklich, daß ich das hier erleben darf — wirklich — das freut mich sehr ...“

Ich habe nämlich so meine ganz eigenen Gedanken über dieses Land, in dem wir uns zur Zeit, wenn nicht alles irrt, befinden. Ich meine in Bezug auf die isländische Brücke. Ich weiß nicht, ob ich zu Ihnen schon einmal darüber sprach. Es ergibt sich nämlich ein gewisser, sehr hart ausgeprägter Widerspruch in der Wissenschaft, ob man im älteren Tertiar ...

Er kam nicht weiter, denn David sprang zwischen sie. „Mich West“, sagte er atemlos zu Gaby, „wir sind an Ort und Stelle.“

Sie sahen ihn alle erstaunt an. „Ja“, sagte er hastig und im Gefühl der Wichtigkeit seiner Worte, „wir sind an dem durch ein Kreuz bezeichneten Ort der Karte.“

Diese Tatsache traf sie nach der Mutlosigkeit, die sie eben noch gehabt hatten, um so härter. Am Ziel ihrer Reise — am Ziel ihres Suchens. Nur um eine ganz kleine Strecke, um wenige hundert Meter konnte es sich noch handeln ...

Gaby West sah sich nach Fridtjof Larsen um — sie wollte sehen, wie er die Neuigkeit aufnahm. Und dann bemerkten sie das Seltsame: Fridtjof Larsen war verschwunden.

Die Aufregung war ungeheuer, als sie es merkten. Und keiner wußte, was zu tun war. Sie riefen, schrien, suchten nach ihm — er war fort.

Sie versuchten festzustellen, wer ihn zuletzt gesehen hatte. Und auch das hatte seine Schwierigkeiten. Sie erinnerten sich, daß er dort oben die Flagge aufgesteckt hatte — sie sahen sie noch deutlich flattern — von dort mußte er wieder abgestiegen sein ...

Und nun war er fort. Keiner hatte ihn seit jenem Augenblick mehr gesehen. Hier unten angekommen war er nicht mehr. Die ganze Fläche des Gletschers lag klar und übersichtlich vor ihnen. Wäre er abgestürzt, hätte er zu ihren Füßen fallen müssen. Aber er war spurlos verschwunden ...

Es mußte in dem Augenblick geschehen sein, als sie alle ihre Aufmerksamkeit auf David gerichtet hatten. Als sie von ihm erfuhren, daß sie sich am Ziel ihrer Reise befanden ...

Gaby West war blaß vor Entsetzen und Furcht. „Retten Sie ihn!“ sagte sie flehend, „suchen Sie, — Lampen her — Lichter — wir müssen hinauf.“

Aus dem Boot heraus wurde ihnen eine Anzahl elektrischer Lampen gereicht. Sie mußten damit rechnen, daß die Dämmerung sich zu verstärken, daß sie ohne Licht nichts sehen konnten. Auch wenn die Sonne kaum unter den Horizont sank, — man wußte ja nicht, ob Fridtjof Larsen noch auf der Erdoberfläche war.

Ob er nicht ... Ja, aber wohin sollte er denn gekommen sein! Sie konnten doch die Gletscherwand übersehen! Sie machten sich alle auf die Suche. Nur Wage Lindström und zwei Mann der Besatzung blieben beim Boot zurück.

Drei Mann kletterten sofort den Gletscher hinauf, bis zu dem Flaggen, die dort oben in der Eisplatte steckten. Sie mußten erfolglos wieder umkehren. Nichts von Fridtjof Larsen zu sehen ... Sie kletterten nach zwei verschiedenen Richtungen über die Eisfläche in die Tiefe. Als sie unten ankamen, was das Rätsel von Fridtjof Larsens Verschwinden nur noch größer geworden.

Sie wanderten unten am Fuße des Gletschers entlang, machten die Krümmung mit — aber ihre Hoffnung wurde immer geringer. Die sanft abfallende Eiswand wurde steiler — nach wenigen weiteren Schritten trat sie plötzlich zurück und fiel so jäh von oben herab in die Tiefe, daß sie eine unersteigliche, senkrechte Wand bildete. Wenn Fridtjof Larsen sich oben bis hierher verirrt hatte und abgestürzt war, mußte er verloren sein.

Sie suchten weiter nach ihm — aber alles blieb ergebnislos. Mac Collins, der am meisten gerührt war, beschloß, aus diesem Verschwinden für die Newporter einen ganzen Sensationsroman zu fauen.

Bis das zweite Ereignis eintrat: Auch Professor Petersen war verschwunden. Trotzdem er noch vor kurzem bei ihnen gewesen war ... Sie kehrten sofort um und suchten ihn — einige Zeit ergebnislos — dann fanden sie ihn in einer Eisplatte halb versteckt sitzen. Er hatte einen seltsam geformten, schmutzigen Gegenstand in der Hand, der zunächst wie ein Stein ausah.

Als sie näherkamen und ihm Gaby fast Vorwürfe machen wollte, da hob er mit verklärtem Gesicht den Kopf: „Also, Mich West, was habe ich Ihnen von der isländischen Brücke gesagt! Doch das ältere Tertiar. Jawohl — hier habe ich den untrüglichen Beweis in Händen!“

Er reichte ihr den schmutzigen, verwitterten Stein, den sie vom Fändnislos anah. (Fortsetzung folgt.)

# Sie spekulieren falsch!!

wenn Sie auf noch billigere Preise warten. Durch dauerndes Anziehen der Rohlederpreise, sowie der Generalunkosten in der Fabrikation, durch erhöhte Lohntarife ist ein billigeres Fabrizieren unmöglich. Die Preise in unserer hiesigen Niederlassung sind zum größten Teil niedriger, als die heutigen Fabriknotierungen. Decken Sie jetzt schon Ihren kommenden Bedarf, bevor die noch billige Ware ausverkauft ist. Auf Wunsch legen wir gegen Anzahlung Waren bis Weihnachten ohne Aufschlag zurück. Zwischenzahlungen gestattet.

Verkauf solange Vorrat reicht.

Mengenabgabe vorbehalten.

Besuchstaschen  
flotte Formen, in vielen Ledersorten zum Ausschuchen  
**1<sup>25</sup>**  
2.95 1.95

Besuchstaschen  
neue Formen, in nur 1a Ledersorten zum Ausschuchen  
**3<sup>50</sup>**  
4.80

Besuchstaschen  
große prakt. Form, in 1a Lederqualität zum Ausschuchen  
**6<sup>50</sup>**  
9.50 7.25

Portemonnaies  
in 1a Rindleder, für Hart- und Papiergeld  
**2<sup>50</sup>**

**Schlager!**  
**Akten-Mappe**  
beste Sattlerware, mit Griff und 2 Schlössern  
**1a. Vollrindleder**  
in versch. Lederpressungen

# 850

Damentaschen  
in vielen Ledersorten, flotte Kofferform zum Ausschuchen  
**4<sup>95</sup>**

Einkaufsbeutel  
1a. Antik Rindleder, prakt. Form, eigene Werkstattarbeit  
**4<sup>95</sup>**

**Riesen-Auswahl**  
in eleganten Damen-Taschen!  
Alle erdenkliche Formen und Ledersorten. Täglich Eingang von Neuheiten. Beschligung ohne jeden Kaufzwang.

**Reise-Artikel!**  
Hierin führen wir nur ausgeprobte Qualitäten bei allergrößter Auswahl. Was die Preise anbelangt, so sind dieselben außerordentl. billig. Ein Versuch überzeugt Sie davon.

**Schlager!**  
**Damentasche**  
elegante Kofferform mit Lederfutter und Spiegel  
**1a. Vollrindleder**  
antik raye Rind-Leder

# 850

Damentasche  
flotte Flöckelform, echt Leder, solide Qualität in außbr. Krokodilprägung.  
**7<sup>80</sup>**

Damentasche  
Kofferform, beste Offenbacher Ausführung, 1a Vollrindleder  
**8<sup>95</sup>**

Berufstaschen  
in nur erprobten Lederqualitäten braun u. schwarz mit 2 Griffen  
I 4.95 II 5.50 III 6.95

Geldscheln- u. Briefstaschen, Zigarren- u. Zigarettenetuis, Musik- und Muster-Taschen  
größte Auswahl.

# Offenbacher Lederwarenvertrieb

Karlsruhe, nur Kaiserstraße 203, I. Etage, kein Laden.

## Bruchleiden

Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne schmerzliche Einwirkungen, vollständig ohne Heilungszeit. In Behandlung kommen: Hals-, Schenkel-, Rücken-, Nabel- u. Bandscheibenbrüche in Karlsruhe am Montag, den 25. August, vormitt. 9-1, und nachm. 2-4 Uhr, Hotel Zug, Kriegsstraße.

Dr. med. H. L. Meyer, Spez.-Arzt f. Bruchleiden

Dandura, Schaumburgstr. 4.  
Wichtige Mitteilung mit viel Dank für lobende Beurteilung meines Selbstgedruckten während 10 Monaten in meinem Alter von 74 Jahren.

Dr. med. H. L. Meyer, Spez.-Arzt f. Bruchleiden

Wichtigste Mitteilung a. D. Romhans 28. 1. 22.  
Ostern befehle ich Ihnen, daß ich trotz meiner Arbeit beide Seitenbrüche in nur 12 Tagen meinen verbindlichen Dank aus u. kann aus eigener Überzeugung Ihre Heilmethode nur vortrefflich empfehlen.

Christian Kraus, Maurer,  
Freiburg i. Br., Hochbergstraße 42.

## Tätiger Teilhaber

durchaus bewandert, Büroaufmann, mit Mark 5000 bis 8000 sofort gesucht, um Ausbau eines durchaus geliebten Unternehmens mit nur vorläufigem Gehalt unter Nr. 326460 an die „Bad. Presse“.

## Patente

**Büro Kleyer**  
Kriegsstr. 77. — Tel. 1303.  
**Orientierungs- u. Ausbeutungsmaterial** erhältlich.

**Konkurs**  
Geschäftsaufsicht  
Zahlungsstockung  
bezieht. schnell durch Verneidung. Kreditbehalten. etc.

**M. Schubert**  
Bücherrevisor, Karlsruhe, Gartenstraße 31.

Wichtig! Kartellschäden werden neu gelegt, alte umgelegt, Schäden abgezogen, gereinigt für fast u. ladungsfähige Auslieferung vorant. 326854 Jakob Gaiser, Karlsruhe, Vuffenstr. 8, 8b. II. NB. Auswärt. Aufträge werden ebenfalls abgef.

## Wanzenfod

Stetig losen unter Garantie, erhältlich

**F. Wöllfstein**, Bergenstraße 5, Karlsruhe 18. 10419

## Steuerangelegenheiten

Zahlungsstockungen  
Buchführung, Korrespondenz

**M. Schubert**  
Bücher-Revisor  
Karlsruhe, Solfenstr. 10.  
12286

**Schlafzimmer**  
**Speisezimmer**  
**Herrenzimmer**  
**Küchen**

Einzelmöbel, Betten etc., alles in guter Arbeit zu billigsten Preisen. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung. 12759

**Karl Epple, Steinstr. 6.**

## !! Achtung Hausbesitzer !!

Wasser- und Gasgeschäft übernimmt den Reparatur und Anstrich von Häusern, innen u. außen, sowie Tapetieren in Konturreparaturen. Offert. unt. Nr. 326793 an die „Bad. Presse“.

## Kapitalien

2000-3000 Mk.  
auf 1. Hypothek aufzunehmen o. ersetzt bei actiagemäßen Eins. Vermittler werden. Gebühre 40 000 Mk. Angeb. unt. Nr. 326008 an die „Bad. Presse“.

200 Mk.  
f. 1. Monat, act. Sins u. pünktl. Rückzahl. gef. Off. unt. Nr. 326848 an die „Badische Presse“.

## Beteiligung

Ende mit mir vorerst 2000 an 1. röhlem Geschäft act. Grundstück od. sonst. genügende Sicherheit hätte zu betheiligen. Angeb. unt. Nr. 326584 an die „Badische Presse“.

## Mexiko in 17 Tagen

ab Southampton, 19 Tagen ab Hamburg mit neuem Doppelschrauben-Schnelldampfer „Rio Bravo“ am 25. August ab Hamburg. „Rio Panuco“ am 10. Oktober ab Hamburg. Orca u. L. Rio, Hamburg i. sowie alle Reisebüros geben nähere Auskunft.

**Automobilisten!**  
Wir übernehmen laufend:  
**Das Nachschleifen**  
**Die Neuanfertigung**  
**Als Spezialität**

• Konstruktionen, Verschleißung von Schweißarbeiten. Komplette Überholungen von Personen- u. Lastkraftwagen aller Systeme bei schneller Lieferung. Schweißen von gelassenen Zylindern. A326

**BADENIA** AUTOMOBILWERK- AKTIENGESELLSCHAFT **LADENBURG A/NECKAR**

## Briefmarken-Sammler

Kapitalist sucht auf seiner Reise für 100 000 G. Mk. größere u. mittlere Sammlungen, auch Partikeln, Briefe von 1850-80 anzukaufen. Vermittler solche hohe Provision. Ausführl. Off. nebst Preis an: „Philatelisch“, Hotel Deutscher Kaiser, Bad Reichenhall. 41226

